



Salon A: Skepsis vor Konzern-Beteiligungen in der Gesundheitsversorgung

Ärzte und Apotheker stehen dem Einstieg großer Kapitalgesellschaften in heimische Apotheken und Arztpraxen kritisch gegenüber.

Wien, Juli 2019 - Der zweite Salon A im heurigen Jahr, der von Salon A-Obfrau Mag. pharm. Dr. Ulrike Mursch-Edlmayr gemeinsam mit dem Präsidenten der Wiener Ärztekammer ao. Univ.-Prof. Dr. Thomas Szekeres veranstaltet wurde, widmete sich der Frage: „Welche Rolle sollen beziehungsweise dürfen Konzerne in der Gesundheitsversorgung einnehmen?“ Beide warnten in ihren Keynotes, dass bei einer zu großen Beteiligung durch Konzerne ökonomische Ziele wichtiger seien als das Wohl der Patientinnen und Patienten. Zudem könnten sich Kapitalgesellschaften marktbeherrschende Stellungen erkaufen und dadurch das heimische solidarische Gesundheitswesen zerstören bzw. verteuern.

„Die Gesundheit hat eine Eigenheit, die auf Unternehmer sehr verführerisch wirkt: Die Menschen werden unabhängig von der Konjunktur krank“, erklärte Szekeres. Das heißt, die Gefahr, dass das Geschäft zurückgeht, weil die Wirtschaft nicht boomt, ist nicht gegeben. Das Interesse am Gesundheitsmarkt kommt international betrachtet vor allem durch branchenfremde Unternehmen. Von Baukonzernen, Versicherungen, über Supermärkte bis zu Investmentfonds reichen die Beispiele, die sich schon in vielen europäischen Ländern zeigen. Ein potenzielles Einfallstor, um den Fuß in den Gesundheitsmarkt zu setzen, sind aus Sicht des Wiener Ärztekammerpräsidenten Primärversorgungszentren (PVE) sowie Fachärzte-Zentren, da in diesem Bereich die Verdienstmöglichkeiten am höchsten sind. Die Gefahr dabei sieht er im Umstand, dass Ärztinnen und Ärzte in solchen Einrichtungen angestellt und damit nicht mehr frei in ihren Entscheidungen sind. Als weisungsgebundene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre es möglich, dass nur mehr Therapien verordnet werden, die sich positiv auf das wirtschaftliche Gebaren des Eigentümers auswirken. „Die Befürchtung ist, dass plötzlich der Gewinn und nicht die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt stehen. Unser oberstes Ziel muss jedoch sein, kranke Menschen gesund zu machen. Hingegen das oberste Ziel eines Investors ist, die Rendite zu maximieren – und da sehe ich einen Widerspruch“, gab Szekeres zu bedenken.

Ein Sektor, in dem die Tendenz zu Konzernen und Ketten schon konkret spürbar ist, ist der Labor-Bereich. Als Beispiel führte der Wiener Ärztekammerpräsident eine in Österreich gegründete, international tätige Laborkette an, die an einen britischen Investmentfonds verkauft wurde. Um zu verhindern, dass nur noch Untersuchungen gemacht werden, die wirtschaftlichen Profit abwerfen, sei es notwendig, dass die Mehrheit an Gesundheitseinrichtungen in der Hand von Ärztinnen und Ärzten bleibt. Um die Begehrlichkeiten von Konzernen an Gesundheitsbetrieben etwas abzuhalten, wurde bei der Vergaberichtlinie von PVE ein Riegel vorgeschoben. „PVE sollten mehrheitlich im Eigentum von Ärztinnen und Ärzten stehen – wenn sich innerhalb dieser Berufsgruppe kein Betreiber findet, können sich auch Branchenfremde um diese Lizenz bewerben. Wobei eine Gemeinnützigkeitsklausel eingebaut wurde, die verhindern soll, dass der Betreiber Gewinne anhäufen kann“, so Szekeres. Primärversorgungszentren erachtet er als sinnvoll, wenn sie eine Ergänzung zum klassischen Hausarzt darstellen. Sollte die Versorgung allerdings nur mehr über PVE erfolgen, würde das dazu führen, „dass die Anfahrtswege weiter



werden und damit die wohnortnahe Versorgung nicht mehr sichergestellt ist“, so Szekeres. „Ich bin eine Verfechterin der Vielfalt und wir lernen aus regionalen Versorgungsprojekten. Im Endeffekt muss das Versorgungsangebot auf die Bedürfnisse der jeweiligen Region abgestimmt sein“, verdeutlicht Mursch-Edlmayr ihren Standpunkt.

Handlungsfreiheit erhalten

„Wir streben kein absolutes Beteiligungsverbot an Apotheken, bzw. generell an Gesundheitsbetrieben, an, wie es dies in einigen Nachbarstaaten gibt. Stattdessen bedarf es Maß und Ziel bei Beteiligungen“, erklärte Mursch-Edlmayr. Der Österreichische Gesundheitsmarkt ist mit einem Brutto-Volumen von mehr als 38 Mrd. Euro für Konzerne und Investoren aus allen Bereichen der Wirtschaft attraktiv. „Bei den Apotheken ist es üblich, mit Partnern – vor allem aus dem Großhandel – zu kooperieren. Dabei ist es wichtig, dass die Apotheken ihre Unabhängigkeit vom wirtschaftlichen Partner behalten. Denn nur so ist sichergestellt, dass sie nach pharmazeutisch-fachlichen Kriterien, entsprechend dem Berufsethos des freiberuflichen Apothekers geführt werden“, betonte die Salon A Obfrau.

Durch die Beteiligungsgrenze ist gewährleistet, dass die endgültige Entscheidung immer in der Hand des Konzessionärs, dem Apotheker bzw. der Apothekerin, liegt. Eine derartige, die Balance wahrende Regelung wurde auch in die für heuer geplante Novelle des Apotheken-Gesetzes hineinreklamiert. Allerdings hat sich deren Beschlussfassung auf Grund der politischen Veränderungen auf unbestimmte Zeit verzögert.

Zu befürchten sei laut Mursch-Edlmayr, dass es beim Engagement von Konzernen im Gesundheitswesen nicht ausschließlich um monetäre Aspekte geht, sondern der Zugang zu Daten im Zentrum des Interesses steht. „Gesundheitsberufe sind besondere Dienstleister und Arzneimittel sind keine Konsumgüter. Wir arbeiten mit sensiblen und sehr persönlichen Gesundheitsdaten. Diese gilt es speziell zu schützen und achtsam damit umzugehen“, betonte Mursch-Edlmayr.

An die neu gewählten österreichischen Vertreter im EU-Parlament äußerten Mursch-Edlmayr und Szekeres zwei Aufforderungen: sich für die Beibehaltung der Generaldirektion Gesundheit in der Europäischen Kommission in der jetzigen Form einzusetzen und für die Beibehaltung der Freien Berufe einzutreten.

Kontrovers diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Salon A im Anschluss die Vor- und Nachteile der diversen Formen der Zusammenarbeit von Gesundheitsbetrieben mit Kapitalgesellschaften sowie Beschäftigungsverhältnisse bei Freien Berufen. Gerade die jüngere Generation würde vermehrt Angestelltenverhältnisse und vor allem Teilzeitmodelle anstreben. „Da wir in unserer Branche einen Frauenanteil von 90 Prozent haben, gibt es Teilzeitmodelle in allen Variationen und das seit gut 100 Jahren“, so Mursch-Edlmayr. Daher sei die Anstellung von Ärzten bei Ärzten ein Gebot der Stunde, sagten die Salon A-Obfrau und der Wiener Ärztekammer Präsident unisono.

Rückfragehinweis/Vereinskontakt:

Salon A – Gesellschaft der österreichischen Apotheker
Mag. pharm. Dr. Ulrike Mursch-Edlmayr, Obfrau Salon A
Fleischmarkt 16, 1010 Wien
Mail: office@salon-a.at
www.salon-a.at